



Verstärkter EU-Einsatz vor Libyen: Ausweitung von EUNAVFOR MED

Um das seit 2011 bestehende Waffenembargo gegen Libyen in internationalen Gewässern durchzusetzen, hat der UN-Sicherheitsrat am 14. Juni 2016 das Mandat für den EU-Militäreinsatz EUNAVFOR MED „Sophia“ im Mittelmeer ausgeweitet ([S/RES/2292](#)). Die Mission soll künftig Schiffe auf hoher See durchsuchen, gefundene Waffen beschlagnahmen und zerstören und zu diesem Zweck Schiffe und Besatzungen in geeignete Häfen umleiten. Zu ihren neuen Aufgaben gehört zudem der Wiederaufbau einer libyschen Küstenwache und Marine. Deutschland will sich an der Ausweitung des Einsatzes beteiligen.

Der Konflikt in Libyen und das Abkommen von Skhirat

- **Institutionelle Krise** | Nach dem Sturz Gaddafis 2011 gelang es keiner Nachfolgeregierung, einen funktionierenden Staat und demokratische Strukturen aufzubauen. Stattdessen führten politische Zersplitterung, schwache staatliche Institutionen, das fehlende staatliche Gewaltmonopol sowie ein Kampf um Macht und Ressourcen zu einer kontinuierlichen Destabilisierung des Landes. Seit 2014 konkurrieren zudem zwei Regierungen und Parlamente in Tripolis (*General National Congress/GNC*) und Tobruk (*House of Representatives/HoR*) um die Macht.
- **Bewaffneter Konflikt** | Beide Seiten hatten Dutzende bewaffneter Gruppierungen hinter sich. Keiner der beiden Blöcke konnte jedoch auf breiter Ebene politische Unterstützung oder militärisch die Oberhand gewinnen. Stattdessen zersplitterten die Allianzen zunehmend.
- **Abkommen von Skhirat** | UNSMIL (*United Nations Support Mission in Libya*) unterstützte seit September 2014 Verhandlungen zwischen den verfeindeten und in sich zerstrittenen Lagern. Kern des im Dezember 2015 in Marokko unterzeichneten, aber umstrittenen [Libyan Political Agreement](#) ist die Bildung eines neunköpfigen Präsidialrats (*Presidency Council*), der sich als *Head of State* am 30. März 2016 auf dem Marinestützpunkt Abu Setta nahe Tripolis etablierte.
- **Regierung der Nationalen Einheit** | Die mit der kommissarischen Führung der Amtsgeschäfte betraute Regierung der Nationalen Einheit (*Government of National Accord/GNA*) versucht gegenwärtig ihren Einfluss auszuweiten. Das Konsultativorgan (*State Council*) hat sich aus dem Großteil des GNC formiert – die Zustimmung durch das HoR, welches auch künftig als Parlament fungieren soll, steht noch aus. Die GNA hat zudem zahlreiche Milizen und einflussreiche Politiker gegen sich.
- **Profiteure des Machtvakuum** | Obwohl sie keinen breiten Rückhalt in der Bevölkerung haben, nutzten Extremisten wie der sog. Islamische Staat (IS) das Machtvakuum und kontrollierten zeitweilig einen 250 Kilometer langen Küstenstreifen um Sirte. Nach einer Offensive bewaffneter Gruppen aus Misrata in den letzten Wochen, kontrolliert der IS aktuell nur noch wenige Quadratkilometer und ist als territoriale Kraft in Libyen im Grunde nicht mehr existent. Die Zahl der IS-Kämpfer in Libyen wird auf mehrere Tausend geschätzt. Auch Schleuserringe profitieren von der Situation.

Das Mandat von UNSMIL

Nach dem Sturz Gaddafis war den Vereinten Nationen die Unterstützung der libyschen Übergangsbehörden beim Staatsaufbau übertragen worden. Am 16. September 2011 etablierte der Sicherheitsrat die politische Mission UNSMIL ([S/RES/2009](#)). Der Ansatz einer kleinen *Special Political Mission* entsprach vor allem dem erklärten Willen des libyschen Übergangsrats, der eine internationale militärische Präsenz ablehnte. Aktuelle Aufgabe von UNSMIL ist es, die Umsetzung des *Libyan Political Agreement*, die Regierung der nationalen Einheit, die Einrichtung ihrer Sicherheitsregelungen und die späteren Phasen des libyschen Übergangsprozesses zu unterstützen ([S/RES/2291](#) vom 13. Juni 2016)¹. Das temporäre Hauptquartier der Mission (195 Mitarbeiter) ist seit Juli 2014 in Tunis. Missionsleiter ist der deutsche Diplomat Martin Kobler.

¹ Zusätzlich soll UNSMIL, soweit die Einsatz- und Sicherheitsbedingungen es zulassen, (1) die Einhaltung der Menschenrechte überwachen, (2) die Sicherung unkontrollierter Rüstungsgüter unterstützen und ihre Verbreitung bekämpfen, (3) libysche Institutionen sowie (4) die Bereitstellung sozialer Dienstleistungen und humanitärer Hilfe unterstützen und (5) die internationale Hilfe koordinieren.

Militäroperation EUNAVFOR MED

Fakten

- Mit der Militäroperation EUNAVFOR MED will die EU das Geschäftsmodell der Menschenschmugglernetzwerke im südlichen zentralen Mittelmeer unterbinden. Am 22. Juni 2015 billigte der Rat der Außenminister auf Grundlage von [Council Decision 2015/778/CFSP](#) den Operationsplan und Start der **Phase 1** zur Aufklärung und Informationsgewinnung. Am 7. Oktober ging die Mission in **Phase 2a** über, um in internationalen Gewässern aktiv gegen Boote und Schiffe vorzugehen, die des Menschenschmuggels verdächtig sind.
- Die Mission soll in einer möglichen **Phase 2b** Schleuser innerhalb libyscher Hoheitsgewässer verfolgen und in **Phase 3** Schleuserboote und -schiffe in libyschen Hoheitsgewässern und auf libyschem Festland zerstören. Allerdings sind dafür die Zustimmung der libyschen Regierung oder ein UN-Mandat erforderlich.
- An der Mission nehmen 24 europäische Nationen ([EU Fact Sheet](#), Stand: 16. Juni 2016) mit rund 1.300 Soldaten und Zivilpersonal teil. Deutschland beteiligt sich derzeit mit zwei Schiffen der Bundesmarine und ca. 400 Soldaten. Das operative Hauptquartier befindet sich in Rom, Befehlshaber ist Konteradmiral Enrico Credendino (Italien).
- Während der Einsatz bislang ca. 15.000 in Seenot geratene Personen retten konnte ([Bundeswehr](#), Stand: 10.06.2016), hat er die Schleuserkriminalität kaum eindämmen können, da er auf internationale Gewässer beschränkt ist.

Neue Aufgaben

Am 20. Juni 2016 billigte der Rat der Außenminister sowohl die Verlängerung um ein Jahr als auch die Ausweitung der Mission ([Council Decision \(2016/993/CSFP\)](#)). Sie soll künftig zum einen die Küstenwache und Marine Libyens beim Wiederaufbau unterstützen und sie befähigen, Schleusung und Menschenhandel in Libyen zu unterbinden. Die Ausbildung der Küstenwache soll zunächst nur in internationalen Gewässern stattfinden. Zum anderen soll sie das UN-Waffenembargo in internationalen Gewässern vor der Küste Libyens durchsetzen. Dabei geht es vor allem um Waffen- und Munitionslieferungen über See an den IS und andere Gruppen, die das Land destabilisieren.

Weiterer EU-Einsatz: EUBAM Libya

- Die *European Union Border Assistance Mission in Libya* wurde am 22. Mai 2013 auf Grundlage von [Council Decision 2013/233/CFSP](#) beschlossen. Die zivile GSVP-Mission zum Aufbau von Kapazitäten zur Sicherung der libyschen Land-, See- und Luftgrenzen zog sich wie UNSMIL im August 2014 nach Tunis zurück.
- Am 15. Februar 2016 wurde ihr Mandat um eine zivile Planungskapazität erweitert ([Council Decision 2016/207/CFSP](#)). Nach dieser Änderung soll EUBAM Libya die Planung einer möglichen künftigen zivilen Mission zum Aufbau und zur Unterstützung von Kapazitäten im Bereich der Reform des Sicherheitssektors unterstützen.
- Das Personal der Mission besteht aus 16 internationalen Mitarbeitern. Die Bundesregierung hatte am 5. Juni 2013 eine Beteiligung mit bis zu 20 Polizeibeamtinnen und -beamten an EUBAM Libya beschlossen, aktuell ist sie mit einem Polizisten vertreten ([Bundespolizei](#), Stand: 12.06.2016).

Herausforderungen

In Libyen sind laut UN 20 Millionen Waffen im Umlauf. Solange die Waffenlieferungen nicht enden, gibt es, so UNSMIL-Leiter Martin Kobler, keine wirkliche Hoffnung auf Frieden. EUNAVFOR MED kann eine wichtige Rolle bei der Umsetzung des UN-Waffenembargos spielen, die noch einmal durch die Sicherheitsratsresolution vom 14. Juni bestätigt wurde ([S/RES/2292 \(2016\)](#)). Die Mission ist jedoch heikel: Die EU-Schiffe müssen sich auf Widerstand und mögliche Angriffe von Waffenschmugglern einrichten. Zu bedenken ist auch, dass die Umsetzung des Waffenembargos durch EUNAVFOR MED Sophia zwar Lieferungen über See verhindern kann, nicht aber über den Luft- oder Landweg, und demnach auch im besten Fall nur einen Teil des Embargos vollstrecken können.